

**Begrüßungsansprache Prof. Dr. Hubert Weiger
Bundesvorsitzender BUND
BUND Delegiertenversammlung, Bad Hersfeld
20. – 22. November 2009**

Es gilt das gesprochene Wort!

Verehrte Delegierte,

Ein arbeitsreiches Jahr geht zu Ende. Der Bundesvorstand dankt allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern für ihren großen Einsatz auf allen Ebenen für unsere Ziele.

Mein besonderer Dank gilt meinen Stellvertretern im **Bundesvorstand, Ulrike Mehl und Klaus Brunsmeier, der Schatzmeisterin Ursula Zeeb, den Beisitzern Sylvia Voss und Andreas Lathan und den Vorsitzenden des Verbandsrates, Jörg Nitsch, und des Wissenschaftlichen Beirates, Prof. Wilfried Kühling sowie dem Vertreter der BUNDjugend, Stefan Kreidenweiß.**

Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr eine ganze Reihe von interdisziplinären Positionen entwickelt und beschlossen haben, ist nicht nur ein Zeichen der Handlungsfähigkeit des Verbandes, der hohen Kompetenz der Mitglieder der Arbeitskreise und des Wissenschaftlichen Beirates sondern ist auch möglich geworden durch den großen Einsatz des Sprechers des Wissenschaftlichen Beirats, **Wilfried Kühling**. Dafür herzlichen Dank.

Besonders danken möchte ich auch **Olaf Bandt und Eva Nolte** für ihren unermüdlichen Einsatz in der Bundesgeschäftsstelle, vor allem hinsichtlich des Teambildungsprozesses und der Fortentwicklung des Selbstverständnisses der Bundesgeschäftsstelle als Dienstleister für Landesverbände und Arbeitskreise, als engagierte und schlagkräftige Zentrale für nationale und internationale Lobby- und Medienarbeit und für eine Finanzmittelbeschaffung, welche unsere Unabhängigkeit sichert.

Herzlich gratulieren möchte ich unserer Ehrenvorsitzenden **Angelika Zahrnt** für die hohe Auszeichnung mit dem Deutschen Umweltpreis der DBU. Ich kann mich nur den Worten des Bundespräsidenten Köhler anschließen, der anlässlich der Verleihung sagte: „Frau Angelika Zahrnt beweist uns, dass man mit unermüdlichem Engagement, intellektueller Brillanz und mit persönlicher Überzeugungskraft die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit aus den Expertenzirkeln heraus in die Mitte der Gesellschaft und an die Spitze der politischen Agenda bringt.“ Unsere Studie „Zukunftsfähiges Deutschland I und II“ und die ökologische Steuerreform werden immer mit ihrem Namen verbunden sein und bleiben. Mit dieser Auszeichnung wurde auch das Engagement zahlloser Ehrenamtlicher im gesamten BUND gewürdigt.

Die umfassende Arbeit des Vorstandes dokumentiert sich in dem Ihnen vorliegenden Tätigkeitsbericht. Ich möchte daraus nur einige wenige Punkte herausstellen

Die Tatsache, dass unser BUND nicht nur der größte Natur- und Umweltschutzverband Deutschlands, sondern auch der kreativste und engagierteste Verband gerade vor Ort ist, konnte der Bundesvorstand wieder einmal im Rahmen der Bundesvorstandsbereisung persönlich erfahren. Wir haben das gemeinsam als Bundesvorstand und Bundesgeschäftsführung bei zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen in allen Bundesländern Deutschlands selbst erfahren und erleben können. „**Der BUND macht bunt**“ – dieses vom Landesverband Baden-Württemberg entwickelte Motto ist ein herausragendes Markenzeichen des gesamten Verbandes.

Die **norddeutschen Naturschutztage auf Burg Lenzen** haben sich inzwischen etabliert und ergänzen in hervorragender Weise die traditionellen Naturschutztage am Bodensee, zu denen ich Sie auch von dieser Stelle aus herzlich einladen darf.

Wir können gemeinsam stolz sein auf das Netzwerk BUND, als kritischer Wächter, Vordenker und Innovator in Deutschland. Dies ist auch Ergebnis der jahrelangen Arbeit v.a. von **Brigitte Dahlbender bei der Entwicklung und Umsetzung des BUND-Leitbildes**. Dafür unseren besten Dank.

Der BUND ist aber nicht nur kreativ, er ist auch **dank der Arbeit von Ursula Zeeb, Eva Nolte und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solide finanziert**. Die Finanzkrise ist natürlich auch für uns eine Herausforderung, weshalb wir im kommenden Jahr mit wesentlich engeren finanziellen Spielräumen auskommen werden müssen. Aber im Gegensatz zu zahlreichen Banken, Investment- und Hedgefonds brauchen wir keinen Rettungsschirm der öffentlichen Hand. Wir haben zu Recht das Vertrauen unserer Mitglieder und Spender und unser Spendensumpf besteht allein aus Mooren und Feuchtwiesen.

Es ist ein Skandal, dass wir mit unseren **Steuergeldern** jetzt die retten, welche jahrzehntelang der Deregulierung und der Diffamierung des Staates als Bürokratiemonster mit ihrem Medieneinfluss und dem Kauf von Teilen der Politik das Wort geredet haben. Systemrelevant dürfen nicht länger Spekulationsbanken und -geschäfte sein. Allein die Sicherung unserer Lebensgrundlagen - die Erhaltung der Ökosysteme, deren kostenlose Dienstleistungen unser aller Leben und Überleben garantieren, ist systemrelevant.

Statt sich auf eine überholte Wachstumspolitik zu konzentrieren, sollte sich **die neue Bundesregierung** engagiert dafür einsetzen, dass endlich der weltweiten Spekulation und den schamlos operierenden Steueroasen ein Riegel vorgeschoben wird. Marktwirtschaft ohne soziale und ökologische Leitplanken ist ein letztlich sich selbst, aber auch uns vernichtendes System. Gerade als private Organisation sagen wir bewusst Ja zu einer privaten Wirtschaft, aber ein kompromissloses Nein zu einem Neoliberalismus, der zu einer ausgeplünderten Erde und zur weltweiten Verarmung und wachsendem Welthunger führt.

Bei den letzten **Bundestagswahlen** haben sich die Wählerinnen und Wähler für einen Regierungswechsel in Berlin entschieden. Dies ist aber keineswegs eine Entscheidung für Atomkraft und für Agrogentechnik. Union und FDP haben, wie aktuelle Umfragen zeigen, die Bundestagswahl ja nicht wegen, sondern trotz ihrer Position zur Atomenergie und Genmanipulation gewonnen.

Union und FDP bekennen sich im **Koalitionsvertrag** zum 'Prinzip der Nachhaltigkeit'. Die neue Koalition will 'gute Lebensbedingungen für kommende Generationen'. Ein hehres Ziel. Doch viele Vorhaben widersprechen diesem Ziel: mehr Wachstum als regulierendes Leitprinzip, mehr Schulden, mehr Atom Müll, zu wenig konkrete Maßnahmen für den Klima-, Natur- und Verbraucherschutz und schließlich die Privatisierung zentraler gesellschaftlicher Aufgaben. Der Natur- und Umweltschutz droht zum fünften Rad am Wagen zu werden.

Doch wir werden das nicht zulassen. Bei der mit über 50 000 Teilnehmern größten **Anti-Atom-Demonstration** seit 20 Jahren in Berlin waren Anfang September BUND-Mitglieder aus ganz Deutschland kräftig und sichtbar vertreten. Es gibt keine Renaissance der Atomenergie, sondern eine eindrucksvolle Renaissance und Verjüngung der Anti-Atom-Bewegung. Wir werden mit allen legalen Mitteln und sicherlich auch Dank Ihrer engagierten Unterstützung für den Ausstieg aus der Atomkraft kämpfen. Wir werden nicht zulassen, dass die Atomlobby und die profitorientierten Energiekonzerne e.on, RWE und Co. weiter zu Lasten der Umwelt und erst recht kommenden Generationen Milliarden Gewinn erwirtschaften.

Gleiches gilt für die **Agrogentechnik**: Wer Genpflanzen sät wird Widerstand ernten.

Trotz allem konnten bei einigen kritischen Punkten im Koalitionsvertrag auch durch unsere Lobbyarbeit Erfolge erzielt werden:

- Der Ausstieg aus dem **Atomausstieg** soll erst im Rahmen eines Energiekonzeptes festgelegt werden. Damit kommt der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 eine Schlüsselrolle zu. Atomkraft ist für uns auch keine Brückentechnologie, sondern Verhinderungs- und Risikotechnologie, aus der wir nicht irgendwann, sondern sofort aussteigen müssen.
- Das Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais **Mon 810** bleibt zumindest vorläufig bestehen
- Das „**Grüne Band**“ ist endgültig nach 20 Jahren als zentrales national bedeutsames Biotopverbundprojekt in der Koalitionsvereinbarung anerkannt und soll als Nationales Naturmonument auf 1400 km Länge rechtlich gesichert werden. Ebenso soll erstmals das BUND-Projekt „Grünes Band Europa“ unterstützt werden.
- Auch bei der **Rettung der letzten frei fließenden Flüsse** in Deutschland wie der Elbe oder Teilen der Donau gibt es Zeichen der Hoffnung, denn im Koalitionsvertrag wird die zentrale Bedeutung der freien Flüsse herausgestellt. Allerdings fehlt dort trotz großen Einsatzes u.a. des FDP-MdB Horst Meierhofer und des CSU-MdB Josef Göppel eine klare Aussage zum endgültigen Verzicht auf Staustufen an der Donau.
- Mit der **Zuweisung neuer Aufgaben an die Wasserstraßenverwaltung** wurde eine zentrale Forderung des BUND im Koalitionsvertrag aufgegriffen. Denn ohne eine Umstrukturierung der Wasserstraßenverwaltung zu einer Fluss- und Auenschutzverwaltung wird diese Behörde, in der 15 000 Beschäftigte 7 500 km Wasserstraßen – also pro 500 m ein Beschäftigter - verwalten, Kanäle bis an das Ende der Tage bauen. Der Kampf für die Erhaltung der Flüsse und der Landschaft wird aber auch härter werden, da die Beton- und Asphaltlobby nicht nur Morgenluft wittert, sondern auch in der neuen Bundesregierung massive Unterstützung erfährt.

Insgesamt aber baut der Koalitionsvertrag auf dem alten Heilsversprechen „Wachstum“ auf. Im Gegensatz dazu ist es notwendiger denn je, endlich die beiden Bereiche Arbeit und Umwelt miteinander zu verknüpfen. Die Not der Arbeitslosen darf nicht länger zur Durchsetzung naturzerstörerischer Großprojekte missbraucht werden. **Wir fordern daher die neue Bundesregierung auf nicht länger festzuhalten**

- an einer **Verkehrspolitik**, die auf Straßenbau und Autosubvention, Förderung von LKW und Flugverkehr und Kanalisierung der letzten frei fließenden Flüsse im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit setzt
- an einer **Agrarpolitik**, die von der bäuerlichen Landwirtschaft spricht, aber die Milliarden national zugunsten einer industrialisierten und immer intensiveren Landwirtschaft und international Hunderte von Millionen für Exportsubventionen für Produkte zu Lasten der Umwelt und der Menschen in den Süden der Erdhalbkugel ausgibt
- an einer Politik der Abhängigkeit von **Chemie- und Agrokonzernen**, die Genmanipulation als vermeintlichen Fortschritt und Sicherung von Arbeitsplätzen bis in Partei- und Regierungsprogramme befördert hat
- an einer **Energiepolitik**, die viel zu lange den Energiekonzernen die Macht in diesem Landes gegeben und ihnen zu Milliarden Gewinnen verholfen haben,

die nun europaweit in neue Atom- und Kohlekraftwerke investiert werden sollen. Mit dem Festhalten an Atomenergie und mit dem weiteren Ausbau der Kohlekraftwerke (10 – 11 000 Megawatt im Bau) ist das Klimaschutzziel 2050 nicht zu erreichen. Die drastische Verringerung des Energieverbrauches der Industrienationen und damit auch von Deutschland ist Voraussetzung für die Rettung unseres Klimas.

Eine verantwortungsvolle Bundesregierung muss

- die **Wurzeln der Umweltzerstörung** verdeutlichen, sei es durch Subventionen, weltweite Kapitalspekulationen, WTO-Vereinbarungen
- für **menschen- und umweltverträglichere Alternativen** eintreten, gerade was die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken betrifft, denn zusätzlich zu den Gefahren eines atomaren Unfalls, ist die ungeklärte Endlagerfrage eine tödliche Risikoentsorgung und behindert die Atomkraft die Entwicklung eines zukunftsfähigen Deutschlands mit regenerativen Energien.
- für **faire und soziale Wettbewerbsbedingungen** mit denen kooperieren, die noch für das Gemeinwohl und nicht für ihr eigenen wirtschaftlichen oder Machtinteressen eintreten. Dabei müssen Marktpreise die tatsächliche ökologische und soziale Wahrheit widerspiegeln.
- Sich für Förderung dezentraler Strukturen im ganzen Land einsetzen und endlich dafür sorgen, dass die Produktpreise auch die ökologische und soziale Wahrheit sagen.

Denn Natur- und Umweltschutz ist kein Luxus und keine Schönwetterveranstaltung, sondern zentrale Sicherung der Lebensgrundlagen.

- Die Natur braucht keinen Menschen, aber der Mensch braucht die Natur: mit ihrer Produktionsleistung, ihren Abbau- und Selbstreinigungsprozessen, ihrer Sauerstoffproduktion, ihrer Artenvielfalt – ein Schatz, viel zu kostbar, um ihn schnöde mit Geld zu beziffern. Aber dennoch sind erste weltweite Abschätzungen hilfreich: der jährliche finanzielle Nutzen aller Biodiversitätsleistungen liegt bei unfassbaren 33 Billionen US-Dollar, liegt damit höher als das weltweite Bruttosozialprodukt, also alle vom Menschen geschaffenen Werte.
- Natur wirtschaftet in Kreisläufen und kennt keine Grenzen, der Mensch wirtschaftet linear, produziert Gifte, produziert nicht abbaubare Hinterlassenschaften.
- Unterlassener Naturschutz und eine Missachtung der Natur führt unweigerlich auch zum volkswirtschaftlichen Kollaps. Naturschutz ist damit eine schlichte Überlebensfrage.
- Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine grundlegende Wende in der Politik, die seit den „Grenzen des Wachstums“ der 70er Jahre diskutiert und konzipiert ist, aber nur auf dem Papier umgesetzt ist.

Statt an einer anhaltenden Wachstumsorientierung, statt an Globalisierung und Deregulierung, statt an einem ungerechten Welthandelssystemen müssen wir uns an **neuen Leitbildern orientieren – an sozial-ökologischen Leitbildern** mit Elementen wie

- Ökologischer Wohlstand statt quantitatives Wachstum
- Märkte gestalten, statt deregulieren
- keine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben; Gemeinwohlaufgaben müssen in der Verantwortung des Staates und der Kommunen bleiben
- Rekommunalisierung von Ver- und Entsorgung

- keine weitere Erzeugung von Abhängigkeiten der Forschung von der Wirtschaft. Wir brauchen eine kritische und unabhängige Forschung.
- sozial-ökologische Leitplanken für die Weltwirtschaft und den Welthandel
- Stopp des Prozesses der Entdemokratisierung (z.B. Beschleunigungsgesetz); wir brauchen in Deutschland mehr Demokratie statt Demokratieabbau
- Abbau der Formularbürokratie und Sicherung der Gemeinwohlbelange schützenden Verwaltung.

Im Einzelnen heißt dies:

- Umweltpolitik als Wirtschaftspolitik
- Umweltpolitik als Jobmotor
- Fortführung der ökologischen Steuerreform als ökologische Finanzreform
- verantwortungsvolle Nutzung der kostenlosen Dienstleistungen der Natur
- Abbau von umweltschädlichen Subventionen (45 Mrd. € pro Jahr); statt dessen Auflage eines Biodiversitätsschutzprogramms und Finanzierung von Klimaschutzzielen in Entwicklungsländer (für mind. 7 Mrd. € pro Jahr)
- Förderung von Dezentralität statt Großstrukturen
- Beachtung von Wachstumsgrenzen - sowohl im Energiebereich, als auch im Ressourcenverbrauch und im Bevölkerungswachstum

Für diesen Fahrplan für ein zukunftsfähiges Deutschland werden wir weiterhin konsequent kämpfen.

Schließen will ich mit einigen wichtigen Erfolgen unseres Verbandes im vergangenen Jahr.

- Mit der Veröffentlichung des **Schwarzbuchs Wald** ist ein großer medienpolitischer Erfolg gelungen und wurde eine deutschlandweite Debatte um die Zukunft unserer Wälder angestoßen.
- Durch die gute Zusammenarbeit von der lokalen bis zur Bundesebene mit ineinandergreifenden Aktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit, politischer Lobbyarbeit und Klagen konnte der Bau von 7 **Kohlekraftwerken** verhindert werden und bei 3 weiteren steht die Planung vor dem Aus.
- Das **Wildkatzenprojekt** ist 2009 mit der Beteiligung zahlreicher Landesverbände in eine erste konkrete Umsetzungsphase eingetreten. Diese wegweisende Zusammenarbeit hat letztlich den erfolgreichen Antrag für ein EU-Life+ Projekt ermöglicht, das ab Januar 2010 mit einer Förder-summe von 1 Mio Euro als größtes Artenschutzprojekt des BUND auf Bundes- und Landesebene starten wird.
- Das vom BN und vom BUND initiierte Projekt Grünes Band Deutschland konnte in diesem Jahr in Verbindung mit dem Mauerfall sein 20jähriges Bestehen feiern. Dabei gelang es, auch durch die Verbindung mit dem vom BfN geförderten Modellprojekt Erlebnis Grünes Band, dieses BUND-Projekt zum bekanntesten Naturschutzprojekt Deutschlands zu machen.
- Mit unserer kritischen Positionierung zur **Nanotechnologie**, mit der wir in diesem Bereich eine führende Stellung einnehmen und die inzwischen auch vom Umweltbundesamt weitgehend geteilt wird, haben wir ein neues Problemfeld als erster Verband aufgegriffen und ökologische Anforderungen definiert. Besonderer Dank hierfür an Frau Cameron, Prof. Horn und Prof. Kühling.

- Mit der weiteren Verbreitung der **Studie Zukunftsfähiges Deutschland II** konnte die Debatte um ein sozial-ökologisches Gesellschaftssystem weiter vorangetrieben werden. Aus den Billionenschäden der Finanz- und Wirtschaftskrise muss endlich die richtige Lehre gezogen werden – dass nachhaltige Entwicklung die ökologische Basis braucht und dass endlich die Steueroasen stillgelegt, Bankgeschäfte von Finanzmarktgeschäften getrennt und das Verursacherprinzip auch im Bankbereich durchgesetzt werden muss!
- Nicht zuletzt ist natürlich auch das Verbot des **Genmaises MON 810** ein großer Erfolg, den wir verteidigen werden.

Mit den beiden Schwerpunkten Klimaschutz und Schutz der Biodiversität haben wir nicht nur unsere Arbeit weiter profiliert – Dank an beide Teamleiter Mechthild Klocke und Thorben Becker – sondern auch in der Sache selbst viel bewegt.

Kreativ und innovativ, engagiert, mutig, unabhängig und offen setzen wir uns für Natur und Umweltschutz ein, weil wir dadurch unsere eigenen Lebensgrundlagen sichern aber auch die Lebensfreude erhalten.

Ich danke daher besonders allen Delegierten für Ihren Einsatz und freue mich auf eine interessante DV 2009.

Bad Hersfeld, 20. November 2009